



17.2.2022

Klimaschutz und Gerechtigkeit gemeinsam voranbringen: Die Einführung einer Klimaprämie ist notwendig und machbar!

Die CO₂-Bepreisung spielt zur Erreichung der Klimaziele eine wichtige Rolle. Dabei ist entscheidend, dass dieses Instrument mit wirksamen sozialpolitischen Maßnahmen kombiniert wird. Eine klug gestaltete CO₂-Bepreisung kann soziale Gerechtigkeit und effektiven Klimaschutz miteinander verbinden. Die neue Bundesregierung kündigt in ihrem Koalitionsvertrag ein "Klimageld" als sozialen Ausgleichsmechanismus an. Wir begrüßen dieses Vorhaben ausdrücklich. Für eine erfolgreiche Umsetzung müssen die rechtlichen Grundlagen für die Einführung einer solchen Klimaprämie, also der Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Bürger*innen, zeitnah auf den Weg gebracht werden.

Auch wenn der CO₂-Preis nur unwesentlich zu den aktuellen Preissteigerungen bei fossilen Energieträgern beigetragen hat, ist es für die gesellschaftliche Akzeptanz der CO₂-Bepreisung und des Klimaschutzes insgesamt dringend geboten, die bestehenden Versäumnisse bei der sozial gerechten Ausgestaltung der CO₂-Bepreisung zu beheben. Gleichzeitig fördert die CO₂-Bepreisung den Umstieg auf klimaneutrale Technologien und reduziert so die bestehende Abhängigkeit von fossilen Energieträgern.

Bisher zögerte die Koalition davor zurück, wirksame CO₂-Preise einzuführen, da ein machbares Konzept zum sozialen Ausgleich fehlte. Diesem ist nun mit dem vorliegenden

Konzept Abhilfe geschaffen. Das Modell der Klimaprämie sieht vor, dass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Haushalte zurückgegeben werden und jede Person denselben Beitrag erhält, unabhängig von der Höhe der durch Heizen und Autofahren verursachten CO₂-Emissionen. Damit ist die Klimaprämie das überzeugendste Modell, das bei steigenden CO₂-Preisen einkommensschwache Haushalte zuverlässig und spürbar entlastet. Die bisherigen sozialen Ausgleichsmaßnahmen der Bundesregierung stellen dies nicht ausreichend sicher.

Mit steigenden CO₂-Preisen erhöhen sich die Einnahmen und damit auch die Summe, die an die Bevölkerung ausgeschüttet wird. Davon würden insbesondere untere und mittlere Einkommensgruppen sowie Familien profitieren. Gleichzeitig würde die klimapolitische Lenkungswirkung des CO₂-Preises nicht beeinflusst.

Mit einer pauschalen Pro-Kopf-Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Bürger*innen steht ein Instrument bereit, welches Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in Einklang bringt und damit die gesellschaftliche Akzeptanz der CO₂-Bepreisung sichert.

Die von Klima-Allianz Deutschland, Deutschem Naturschutzing, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Germanwatch, Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche von Westfalen und WWF Deutschland an der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass die Klimaprämie bürokratiearm, kosteneffizient und rechtssicher eingeführt werden kann.

Die Grundlage des von den Organisationen vorgeschlagenen Konzepts ist die Integration der Klimaprämie in bereits bestehende Auszahlungswege, wie etwa der Lohnsteuererstattung, der Grundsicherungsauszahlung, der Zahlung von Rentenleistungen oder des Kindergelds. Dafür wird ein "Klimaprämienregister" beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) vorgeschlagen, welches auf Grundlage der Steuer-ID die Erfassung nahezu aller Empfangsberechtigten sicherstellt. Über die monatliche Auszahlung der Prämie kann sichergestellt werden, dass untere und mittlere Einkommen frühzeitig, kontinuierlich und transparent entlastet werden.

Ansprechpartner:

Klima-Allianz Deutschland

Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit

Tel.: 030/780 899 525, E-Mail: daniel.eggstein@klima-allianz.de